

Antragsbereich S: Studienfinanzierung

Antrag S1_21

1 **Antragssteller*in:** Bundesvorstand

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **S1_21 Zum 50. Jubiläum – Für einen echten Neu-** 4 **start des BAföG**

5 **Noch ein BAföG-Antrag?**

6 Am 1. September 1971 trat das „Bundesgesetz über individuelle Förderung der Ausbildung“ – kurz Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) – in Kraft. Die Einführung des BAföG fällt in eine Zeit zentraler
7 Reformen, mit denen die sozialliberale Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt die Abkehr von den
8 konservativ-reaktionären Handlungsmustern der unionsgeführten 50er und 60er Jahre wagte. Die neue
9 Ostpolitik, der Versuch einer Abschwächung des §218 StGB und eben auch das BAföG fallen in diese
10 bewegte Zeit. Seit seiner Einführung ist das BAföG immer wieder Gegenstand politischer Auseinander-
11 setzungen gewesen und wurde in den Jahrzehnten vielfach verändert. Das leider nicht immer zum Bes-
12 seren: Über die 80er Jahre wurde das BAföG von der Regierung Kohl stark beschnitten und ausgeblutet.
13 Eine gänzliche Abschaffung, wie es wohl einigen Köpfen der Union mehr als recht gewesen wäre, gelang
14 jedoch nie.
15

16 Das BAföG befindet sich im Jahr 2021, zu seinem 50-jährigen Bestehen, in der Midlife-Crisis. Die Novel-
17 len der letzten eineinhalb Jahrzehnte konnten das kontinuierliche Absinken der Geförderten-Zahlen
18 nicht bremsen: mit nicht einmal mehr 12 Prozent Förderanteil an der Gesamtstudierendenzahl befinden
19 wir uns an einem historischen Tiefpunkt. In vielen Städten reichen die Fördersätze gerade so, um die
20 Miete und Nebenkosten für ein WG-Zimmer zu bezahlen. Für Essen, Lernmaterial, geschweige denn stu-
21 dentisches Leben und Kultur bleibt da nichts mehr übrig. Nicht zu vergessen, dass das BAföG, einst
22 unter Brandt als Vollzuschuss eingeführt, für viele Studierende mit einer greifbaren Angst vor den über
23 10.000 Euro Schulden nach dem Studium verbunden ist. Trotz dieser massiven Probleme ist für uns
24 Juso-Hochschulgruppen klar, dass das BAföG für uns *das* Instrument für eine gerechte Studienfinanzie-
25 rung ist und bleibt. Das BAföG muss das Mittel sein, mit dem die Gesellschaft allen einen gerechten
26 Bildungszugang ermöglicht. Bildung ist ein Grundrecht und muss *allen* frei von finanziellen und gesell-
27 schaftlichen Zwängen offenstehen. Gleichzeitig ist klar, dass das BAföG diesem Anspruch in seiner be-
28 stehenden Form nicht gerecht wird.

29 Für uns steht fest: Ein weiter so darf es nicht geben! In den kommenden vier Jahren brauchen wir einen
30 umfassenden, progressiven Neuanfang beim BAföG, der seinen Namen auch wirklich verdient. Das geht
31 nur mit einer starken SPD in Regierungsverantwortung, einer klaren, progressiven Handschrift im Bun-
32 desministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und einer Bundesregierung ohne die Union.

33 **„Wer uns wie Kohl das BAföG klaut, den machen wir zu Sauerkraut“**

34 Die erste breite Debatte um die Förderung von Studierenden hat in der Bundesrepublik bereits 1952
35 begonnen. Ein Jahr zuvor hatte die erste Sozialerhebung der Studierendenwerke offenbart, dass viele
36 Studierende im Nachkriegsdeutschland nicht vom aufkommenden Wirtschaftswachstum sowie den be-
37 stehenden Sozialleistungen profitierten und somit gezwungen waren, als Werkstudierende für ihren Le-
38 bensunterhalt zu arbeiten. Zum Wintersemester 1957/58 wurde der Vorläufer des heutigen BAföG zur

39 finanziellen Unterstützung von Studierenden während des Studiums, das „**Honnefer Modell**“, eingeführt.
40 Wie beim heutigen BAföG bestand die Förderung anteilig aus Zuschuss und Darlehen und wurde hälftig
41 durch Bund und Länder finanziert. Jedoch bestand kein Rechtsanspruch und es galt nur für Studierende
42 an wissenschaftlichen Hochschulen. Für die übrigen Hochschulen wurde 1958 das „**Rhöndorfer Modell**“
43 eingerichtet, das ähnlich aufgebaut war, jedoch von den Ländern allein finanziert wurde. Schon bald
44 wurde dringender Reformbedarf ersichtlich.

45 Eine umfassende gesetzliche Reform der Studienförderung, hin zu einem Rechtsanspruch für alle Stu-
46 dierenden, wurde erst mit der Wahl Willy Brandts zum Regierungschef einer SPD-geführten Bundesre-
47 gierung möglich. Nach kontroversen Debatten innerhalb der Studierendenschaft und der Parlamente
48 konnte der Bundestag schließlich am 19. Juli 1971 – nach Anrufung des Vermittlungsausschusses
49 durch den Bundesrat – abschließend über das Gesetz abstimmen. Das **Bundesausbildungsförderungs-**
50 **gesetz** trat am **1. September 1971** in Kraft. Es wurde als **100-prozentiger Vollzuschuss** für Schüler*in-
51 nen und Studierende eingeführt, sodass die Geförderten nach Ende der schulischen Ausbildung bzw.
52 des Studiums keinen einzigen Pfennig zurückzahlen mussten. Bereits im Folgejahr wurden 44,6 Prozent
53 aller Studierenden mit BAföG-Zahlungen gefördert – ein Höchststand, der nie wieder erreicht werden
54 sollte. Ab Ende 1974 wurden, mit Blick auf die angespannte Haushaltslage, kleine Darlehensanteile beim
55 BAföG eingeführt.

56 Mit dem Ende der sozialliberalen Koalition und der Regierungsübernahme durch Bundeskanzler Helmut
57 Kohl folgte 1983 der wohl weitestgehende Einschnitt in der Geschichte des BAföG. Als einer der ersten
58 Regierungsmaßnahmen stellte Bundeskanzler Kohl die **BAföG-Förderung komplett auf Volldarlehen**
59 um und strich das Schüler*innen-BAföG ersatzlos. Die Förderquote brach bis 1989 auf 18,3 Prozent ein.
60 „*Wer uns wie Kohl das BAföG klaut, den machen wir zu Sauerkraut*“ war nur einer der Sprüche auf den
61 Transparenten zahlreicher lautstark demonstrierender Studierender. Dieser „**BAföG-Kahlschlag**“ hatte
62 keineswegs vordergründig finanzpolitische Hintergründe, sondern war Teil der durch Kohl angekündig-
63 ten „geistig-moralischen Wende“. Mit dieser Maßnahme und dem Gespenst der „Akademiker-
64 schwemme“ (sic!) war es das Ziel der Kohl-Bundesregierung, die unter Willy Brandt vorangebrachte, ge-
65 samtgesellschaftliche Öffnung der Hochschule zurückzudrehen. Gegen Ende der dritten Amtszeit Kohls
66 1990 machte dann der FDP-Bundesbildungsminister Jürgen Möllemann Teile des „*Kohlschlags*“ rück-
67 gängig und veränderte das BAföG erheblich: Die eine Hälfte gab es nun als zinsloses Darlehen, die an-
68 dere als nicht zurückzahlenden Zuschuss. Nur einige Jahre später folgte ein Vorstoß des CDU-Bun-
69 desbildungsminister Jürgen Rüttgers, das BAföG wieder in ein Volldarlehen mit Bankzinsen umzuwan-
70 deln. Der Vorschlag setzte sich glücklicherweise nicht durch.

71 Anfang der 2000er-Jahre wurde das BAföG unter der rot-grünen Bundesregierung mit SPD-Bundesbil-
72 dungsministerin Edelgard Bulmahn erheblich verbessert. Nicht nur wurden die Elternfreibeträge und För-
73 dersätze erhöht, sondern auch eine **Obergrenze für das Darlehen in Höhe von 10.000 Euro** festgelegt,
74 sowie das Kindergeld nicht mehr als Einkommen auf das BAföG angerechnet.

75 Da das BAföG in der Union auch im neuen Jahrtausend nur wenig Unterstützung fand, waren in den
76 kommenden Jahren (meist nur auf Druck der SPD) unter Bundeskanzlerin Angela Merkel **nur leichte**
77 **Fortschritte** möglich. Vom 22. BAföG-Änderungsgesetz im Januar 2008 über das 23. BAföG-Änderungs-
78 gesetz im Oktober 2010, das 24. BAföG-Änderungsgesetz im Dezember 2011 und das 25. BAföG-Ände-
79 rungsgesetz im Dezember 2014 fand die **letzte große BAföG-Novelle im Juli 2019** statt. Mit dem 26.
80 BAföG-Änderungsgesetz wurden Fördersätze in drei Schritten von 735 Euro im Jahr 2014 auf insgesamt
81 861 Euro erhöht, die Vermögensfreibeträge von 7.500 Euro auf 8.200 Euro heraufgesetzt, die Wohnpau-
82 schale von 250 Euro auf 325 Euro angehoben, der Kranken- und Pflegeversicherungszuschlag ange-
83 passt und ebenfalls wurden längere Bezugsdauern bei Care-Aufgaben sowie Pflege ermöglicht. Doch
84 all das waren nur kosmetische Korrekturen und die versprochene Trendwende blieb bis heute aus.

85 In diesem **Herbst 2021** feiert das BAföG nun sein **50-jähriges Jubiläum**. Zum Geburtstag gab es warme
86 Worte von Bundesbildungsministerin Anja Karliczek und eine 80-Cent-Gedenkbriefmarke.

87 **Ein Blick auf die Zahlen**

88 Im 50. Jubiläumsjahr steht das BAföG schlechter da denn je. Nach **16 Jahre Union im Bundesbildungs-**
89 **ministerium** ist es heruntergewirtschaftet und ausgeblutet.

90 Trotz steigender Studierendenzahlen ist die **Zahl der BAföG-Geförderten** auf einem **historischen Tief-**
91 **stand**. Mittlerweile erhalten nicht einmal mehr 12 Prozent der Studierenden BAföG-Leistungen.

92 Zentrale Stellschraube, um die Größe des BAföG-Berechtigten-Kreises zu bestimmen, sind die **Einkom-**
93 **mensfreibeträge der Eltern**. Zwar sind diese leicht gestiegen, allerdings fallen die Erhöhungen dabei so
94 gering aus, dass sie hinter der Lohnentwicklung zurückbleiben. Dadurch fallen viele Studierende aus der
95 Förderung heraus und selbst Eltern mit geringem Einkommen sind in der Folge dazu verpflichtet, ihre
96 Kinder finanziell zu unterstützen, wobei ihnen das nicht in ausreichendem Maße möglich ist.

97 Zwar sind die **Fördersätze** in den vergangenen Jahren schrittweise auf derzeit 861 Euro monatlich an-
98 gehoben worden, aber auch dadurch ist eine Deckung der aktuellen Lebenshaltungskosten von Studie-
99 renden nicht gewährleistet. Und schon gar nicht berücksichtigt werden erhebliche finanzielle Ausgaben
100 zu Beginn eines Studiums oder weitere mit dem Studium verbundenen Kosten, z.B. für digitale Hard-
101 und Software, stark gestiegene Semesterbeiträge und diverse zusätzliche Ausgaben während des Stu-
102 diums, etwa für Pflichtexkursionen. Insbesondere steigende Mietpreise an den Hochschulstandorten,
103 die von der im BAföG veranschlagten **Wohnpauschale** in Höhe von 325 Euro pro Monat nicht gedeckt
104 werden können, stellen viele junge Menschen vor enorme finanzielle Herausforderungen. Dass die BA-
105 föG-Förderung nicht reicht oder gar nicht erst ankommt, zeigt die hohe Zahl derjenigen Studierenden,
106 die zusätzlich zu ihrem Studium einer Nebentätigkeit nachgehen müssen, um sich Geld für den Lebens-
107 unterhalt zu verdienen. Die Quote liegt mittlerweile bei zwei Dritteln der Studierenden. All das hat nega-
108 tive Auswirkungen auf die Freiheit des Studiums und auf den individuellen Studienerfolg.

109 Hinzu kommt, dass die **BAföG-Ausgaben des Bundes** – abgesehen vom Krisenjahr 2020 – sowohl in
110 absoluten Zahlen als auch im Verhältnis zu den Gesamtausgaben des Bundes über die Jahre immer
111 weiter zurückgegangen sind. Dieser Trend ist angesichts der guten Konjunkturlage keineswegs eine
112 haushaltspolitische Notwendigkeit, sondern vielmehr das Ergebnis fehlender politischer Priorität für
113 Ausgaben im Rahmen der staatlichen Studienförderung. Hier wird klar eine wichtige Zukunftsinvestition
114 unterlassen.

115 Alle **Fehlentwicklungen und derzeitigen Schwachstellen des BAföG** stehen dabei nicht für sich, sondern
116 akkumulieren sich. Durch die ökonomische Benachteiligung aufgrund der zu geringen Fördersätze und
117 der zu niedrig bemessenen Freibeträge kommt es zu mehr Erwerbsarbeit, höherer psychischer Belas-
118 tung, einem Zwang zur Wahl von Lohnarbeit statt Studium, weniger Zeit für die Ausbildung sowie
119 schlechtere Prüfungsleistungen und Bewertungen. Dies führt dann im Ergebnis zu längeren Studiendau-
120 ern, einer höheren Wahrscheinlichkeit der Überschreitung der Förderhöchstdauer und einem höheren
121 Risiko für einen Studienabbruch sowie zusätzlichen gesundheitlichen Risiken. Letztendlich sorgen die
122 Versäumnisse beim BAföG dafür, dass es keine planbare und verlässliche staatliche Studienfinanzie-
123 rung gibt. Die eigene Bildungsbiografie hängt vom Geldbeutel des Elternhauses ab. Ein freies und selbst-
124 bestimmtes Studium scheitert an finanziellen Zwängen.

125 Diese Fehlentwicklungen können keinesfalls durch **Studienkredite** aufgefangen werden. Denn sie schi-
126 cken insbesondere Kinder aus Nichtakademiker*innen-Haushalten in die Schuldenfalle. Und auch **Sti-**
127 **pendien** können eine auskömmliche Studienfinanzierung für alle nicht ersetzen, sondern sind sozial
128 höchst selektiv und etablieren eine Elitenförderung.

129 **Die Union muss in die Opposition!**

130 Der desaströse Zustand des BAföG ist insbesondere eine **direkte Auswirkung von 16 Jahren unionsge-**
131 **führter Bundesregierung und 16 Jahren konservativer Bildungspolitik im Bund.** In diesen eineinhalb
132 Jahrzehnten waren insgesamt drei Ministerinnen der CDU im Bundesbildungsministerium für das BAföG
133 zuständig: Annette Schavan, Johanna Wanka und Anja Karliczek. Keine der Ministerinnen hat sich in
134 ihrem Amt durch einen besonderen Innovationsgeist geschweige denn eine besondere Leidenschaft für
135 das BAföG bemerkbar gemacht. Die vergangenen 16 Jahre sind eine Zeit **verschlafener Entwicklungen.**
136 Trotz insgesamt fünf BAföG-Novellen in diesem Zeitraum ist es nicht gelungen, den kontinuierlichen
137 Abwärtstrend bei den Geförderten-Zahlen zu stoppen.

138 Das BAföG war nie ein Herzensprojekt der Union. Im Gegenteil die Union über den Zeitraum ihrer Regie-
139 rungsverantwortung im Bund stets darauf bedacht, den Kreis der Empfänger*innen nicht zu groß werden
140 zu lassen, ihn optimaler Weise weiter einzuschränken, denn die Union steht nicht für eine gesamtgesell-
141 schaftliche Öffnung der Hochschulen, sondern für **elitäre Elfenbeintürme.** Besonders klar wurde das in
142 der Ära Kohl mit dem Umbau zum Volldarlehen, doch auch in den vergangenen 16 Jahren bestätigte
143 sich dieser Trend. Dieses Mal weniger durch ein besonders proaktives Einschränken des Kreises der
144 Förderungsberechtigten, sondern vielmehr durch die konsequente Blockade gegen progressive Weiter-
145 entwicklungen des BAföG. Denn bleibt die Anpassung der Freibeträge hinter der Lohnentwicklung zu-
146 rück, heißt das faktisch nichts anderes, als dass die Inflation jedes Jahr den Kreis der BAföG-Berechtig-
147 ten verkleinert. Besonders krass zeigte sich diese Geisteshaltung im vergangenen Jahr, als sich Minis-
148 terin Karliczek konsequent gegen eine BAföG-Öffnung in der Corona-Krise sträubte und anschließend
149 einen nicht abgerufenen BAföG-Betrag in dreistelliger Millionenhöhe aus dem Haushalt des Bundesbil-
150 dungsministeriums an den Bundeshaushalt zurück überwies.

151 Dieser ökonomische Gedanke zieht sich durch die Arbeit der Union im Bildungsressort und wird von
152 deren politischer Vorfeldorganisationen auf dem Campus, dem RCDS, gegen die Interessen der Studie-
153 renden konsequent verteidigt. Hier zeigt sich der entscheidende Unterschied, der unser jungsozialisti-
154 sches Verständnis von einer guten Bildungsfinanzierung mit dem der Union unvereinbar macht: Die
155 Union sieht und versteht ein Studium aus dem Gesichtspunkt der **ökonomischen Verwertbarkeit.** Stu-
156 dieren sollen diejenigen, deren Eltern es sich leisten können und für die der Staat sich nicht verausgaben
157 muss. Ausnahmen gelten vielleicht noch für die, die solch gute Leistungen erbringen, dass ein „Invest-
158 ment“ in ein Stipendium sich aus dem Blick dieser **Verwertbarkeitslogik** als sinnvoll erweist. Diesem
159 **studierendenfeindlichen Verständnis** der Studienfinanzierung – und insgesamt des Studiums selbst –
160 stellen wir uns als Juso-Hochschulgruppen entschieden entgegen. Nach unserem emanzipatorischen
161 Bildungsideal muss Bildung einerseits als Mittel der Selbstfindung und -verwirklichung verstanden wer-
162 den, genauso wie als Grundlage einer demokratischen Gesellschaft der Freien und Gleichen. Gleichzeitig
163 verstehen wir das Studium als eine Möglichkeit zur Verbesserung der eigenen ökonomischen Situation.
164 Für uns soll das Studium einen Weg in ein gutes Leben ebnen. Für die Union kann diesen Weg nur gehen,
165 wer bereits ein gutes Leben hat. Dieser klare Unterschied macht deutlich: Unser Anspruch an die Studi-
166 enfinanzierung und das Studium selbst ist mit der Union nicht vereinbar.

167 **Happy Birthday BAföG! Unsere BAföG-Sofortmaßnahmen zum Jubiläum.**

168 Für uns Juso-Hochschulgruppen ist klar: Wir brauchen einen **echten Neustart** beim BAföG. Gleichzeitig
169 sind in den letzten Jahren zahlreiche Anpassungen verschleppt worden, damit das BAföG auf der Höhe
170 der Zeit geblieben wäre. Diese müssen in einem ersten Schritt schnellstmöglich nachgeholt werden!

171 Längst überfällig ist eine kräftige **Erhöhung der BAföG-Fördersätze.** Diese müssen endlich die studen-
172 tischen Lebenshaltungskosten und weitere studienbezogene Ausgaben bedarfsgerecht und verlässlich
173 abdecken. Maßstab für die Höhe der Studienförderung muss eine empirische Erhebung des spezifi-

174 schen studentischen Bedarfs unter Berücksichtigung der Vielfalt von Alter, Wohnkosten und Lebensla-
175 gen sein, um allen Bedürfnissen und individuellen Biografien gerecht zu werden. Gezahlter Fördersatz
176 und tatsächlicher studentischer Bedarf dürfen nicht länger auseinanderklaffen. Um Verlässlichkeit und
177 finanzielle Sicherheit zu gewährleisten, müssen die Förderbeträge regelmäßig (mindestens jährlich)
178 überprüft und gegebenenfalls angehoben werden. Bei dieser Überprüfung sind selbstverständlich
179 Schwankungen in der Inflation, die Einkommensentwicklung und Preissteigerungen zu berücksichtigen.

180 Nicht erst die letzten digitalen Corona-Semestern haben gezeigt, dass ohne die notwendige Hard- und
181 Software im Studium nichts geht. Doch diese gibt es nicht für lau. Wir fordern deshalb, dass eine **Digi-
182 talpauschale von 500 Euro pro Jahr** in das BAföG integriert wird, damit die Kosten für die Anschaffung
183 aktueller leistungsfähiger Hardware, der Kauf benötigter Software und Lizenzen und die laufenden Kos-
184 ten für den Internetanschluss gedeckt werden können.

185 Solange das BAföG nicht elternunabhängig gezahlt wird, ist es unerlässlich, regelmäßig die **Freibeträge
186 für das Vermögen der Eltern**, das **eigene Vermögen** und das **eigene Einkommen** an die aktuellen Ent-
187 wicklungen **anzupassen**. Nur so kann der Berechtigten-Kreis ausgeweitet und dafür gesorgt werden,
188 dass das BAföG bei den Menschen ankommt, die es benötigen.

189 Schlichtweg unzureichend ist die bisherige Höhe der **Wohnpauschale**, denn die gezahlten 325 Euro rei-
190 chen an vielen Hochschulstandorten vorne und hinten nicht, um damit eine Wohnung oder ein WG-Zim-
191 mer inklusive der anfallenden Nebenkosten zu bezahlen. Unser Vorschlag ist es, einen pauschalen regi-
192 onal abhängigen Wohnkostenzuschuss zu zahlen, dessen Höhe sich an der Wohngeldtabelle orientiert.
193 So kann dem massiven Preisanstieg Rechnung getragen und regionale Unterschiede abgebildet werden.

194 Um BAföG erhalten zu können, dürfen Antragsteller*innen bei Beginn des Studiums das 30. Lebensjahr
195 noch nicht vollendet haben, bei Masterstudiengängen das 35. Lebensjahr. Davon gibt es nur wenige
196 Ausnahmen. Da diese Altersgrenzen absolut nicht den studentischen Lebenswirklichkeiten entsprechen
197 und der Idee des lebenslangen Lernens entgegenstehen, muss das BAföG **altersunabhängig** gezahlt
198 werden.

199 Ein freies und selbstbestimmtes Studium ist nur möglich, wenn man frei von Zwängen studieren kann.
200 Dabei sind neben finanziellen Zwängen selbstverständlich auch Leistungszwänge gemeint. Die Notwen-
201 digkeit, nach dem 4. Fachsemester einen **Leistungsnachweis** beim BAföG-Amt vorlegen zu müssen, um
202 weiterhin gefördert zu werden, erzeugt beides und steht einem freien Studium fundamental entgegen.
203 Diese Nachweispflicht sorgt dafür, dass Studierende aus der Förderung fallen und ihr begonnenes Stu-
204 dium nicht mehr abschließen können. Der Leistungsnachweis nach dem 4. Semester gehört als Inbegriff
205 der Verwertungslogik abgeschafft.

206 Im Leben läuft nicht alles nach Plan – auch im Studium nicht. Dafür kann es viele individuelle Gründe
207 geben. Nur rund ein Drittel der Studierenden schließt das Studium innerhalb der Regelstudienzeit ab.
208 Nicht nur daran wird deutlich, dass die **Regelstudienzeit** kein geeigneter Anknüpfungspunkt ist, um die
209 Förderungsdauer des BAföG zu beziffern. Im Gegenteil läuft sie dem Ziel des BAföG, jungen Menschen
210 ein Studium und einen Hochschulabschluss zu ermöglichen, sogar komplett entgegen, wenn Studie-
211 rende kurz vor Ende ihres Studiums aufgrund der Überschreitung der Regelstudienzeit aus der Förde-
212 rung fallen und ihr Studium dann aus finanziellen Gründen abbrechen müssen. Als kurzfristige Maß-
213 nahme muss die **Förderungshöchstdauer** deshalb pauschal auf die tatsächliche durchschnittliche Re-
214 gelstudienzeit erhöht werden, mindestens jedoch um zwei Semester für alle Studierenden. Außerdem
215 muss die Förderung jederzeit, auch bei einem **Fachwechsel** nach dem 4. Fachsemester, sichergestellt
216 sein.

217 Nach Plan lief in den vergangenen eineinhalb Jahren ohnehin wenig. Die Pandemie bremste die Lebens-
218 pläne vieler Studierender ohne ein eigenes Verschulden in heftigster Weise aus. Das BAföG hatte auf

219 diese Krise fatalerweise keine Antwort. In den kommenden Jahren und Jahrzehnten werden wir auf wei-
220 tere Krisen gefasst sein müssen. Das BAföG darf die Studierenden dann nicht noch einmal ohne eine
221 Antwort im Regen stehen lassen. Deshalb muss das BAföG schnellstmöglich um einen **Notfallmecha-**
222 **nismus** ergänzt werden. Über diesen muss es ermöglicht werden, in einem Krisenfall, bei dem viele Stu-
223 dierende in kürzester Zeit massive finanzielle Einbußen erleiden, die BAföG-Förderung **schnell und un-**
224 **bürokratisch zu öffnen**.

225 Viele Studierende engagieren sich neben ihrem Studium in einem **Ehrenamt** und leisten damit einen
226 unverzichtbaren gesellschaftlichen Beitrag. Nicht nur in Gremien und Organen der Hochschulen bringen
227 junge Menschen eine studentische Perspektive ein, sondern auch in Jugendverbänden, betrieblichen
228 Interessenvertretungen, in kommunalen Selbstverwaltungsstrukturen und vielen weiteren Bereichen.
229 Wir wollen deshalb, dass die BAföG-Förderung wie bisher verlängert wird, wenn man sich neben dem
230 Studium in gesetzlich vorgesehenen Gremien und satzungsmäßigen Organen der Hochschulen und des
231 Bundes und der Länder sowie in satzungsmäßigen Organen der studentischen Selbstverwaltung sowie
232 der Studierendenwerke engagiert. Darüber hinaus soll diese Regelung auf nachweisliches Engagement
233 in den Förderwerken der Begabtenförderung, in einem Jugendverband und einer Mitwirkung in gesetz-
234 lich vorgesehenen Gremien betrieblicher Interessenvertretung, der kommunalen Selbstverwaltung, der
235 Gerichtsbarkeiten sowie der Sozialversicherungen ausgeweitet werden. Viel zu oft müssen junge Men-
236 schen in einem Nebenjob arbeiten, da sie auf das verdiente Geld zur Deckung des eigenen Lebensunter-
237 halts angewiesen sind. Oft bleibt dann keine Zeit mehr für Engagement. Indem ehrenamtliches Engage-
238 ment bei der Förderungshöchstdauer berücksichtigt wird, ist damit Schluss und niemand ist mehr ge-
239 zwungen, aus finanziellen Gründen ein Ehrenamt hinter Lohnarbeit zurückzustellen.

240 In der letzten BAföG-Novelle ist durch Wirken der SPD gegen den starken Widerstand der Unionsparteien
241 erreicht worden, dass BAföG-Empfänger*innen, die neben ihrem Studium mit der Pflege naher Angehö-
242 riger mit Pflegegrad 3 oder höher betraut sind, diese Pflege Tätigkeit bei der Förderungshöchstdauer be-
243 rücksichtigt und diese entsprechend verlängert wird. Damit wurde ein wichtiger Schritt in Richtung der
244 **Vereinbarkeit von Pflege und Studium** gegangen. Doch leider reicht das noch nicht. Um endlich die
245 großen zusätzlichen Belastungen von BAföG-Empfänger*innen, die nahe Angehörige pflegen, zu berück-
246 sichtigen, muss eine Verlängerung der BAföG-Förderung grundsätzlich bei Vorliegen von allen Pflege-
247 graden bei nahen Angehörigen ab Pflegestufe 1 gewährt werden. Davon profitieren gerade auch viele
248 Frauen, die immer noch einen großen Teil der Care-Arbeit übernehmen.

249 Um einen BAföG-Antrag zu stellen, gibt es nach aktuellem Stand insgesamt neun Formblätter und zu-
250 sätzlich einen Datenschutzhinweis. Seit einigen Monaten sind diese Formblätter mit einem Farbcode
251 versehen. In Petrol gekennzeichnete Felder sind von der antragstellenden Person auszufüllen, rote Fel-
252 der sind von jedem Elternteil und den Ehegatt*innen bzw. Lebenspartner*innen auszufüllen und gelb
253 markierte Angaben sind von der Ausbildungs-/Praktikumsstätte auszufüllen. Machen wir uns nichts vor:
254 ein **BAföG-Antrag** ist ein **bürokratisches Monstrum**. Begrüßenswert ist, dass es mittlerweile über „BA-
255 fög Digital“ digitale Antragsmöglichkeiten gibt. Allerdings kann nur mit der Online-Ausweisfunktion der
256 BAföG-Antrag auch vollständig digital gestellt werden. Ohne diese Funktion kann der Antrag nicht voll-
257 ständig medienbruchfrei eingereicht werden, da eine Unterschrift entweder per Post oder per Upload an
258 das zuständige Amt übermittelt werden muss, um Rechtsgültigkeit zu erlangen. Es ist höchste Zeit, dass
259 die Antragstellung entbürokratisiert wird und niedrigschwellig in digitaler Form zur Verfügung steht.
260 Dazu können auch die Möglichkeiten des digitalen Datenaustauschs zwischen den Behörden genutzt
261 werden. Da die Antragstellung und die BAföG-Modalitäten so komplex sind, müssen **Beratungsstellen**
262 vor Ort zur Ermöglichung einer studierendennahen und individuellen Betreuung strukturell gestärkt und
263 personell besser ausgestattet werden.

264 Ein Nadelöhr für viele Studienanfänger*innen ist der Zeitraum zwischen Antragstellung zu bzw. vor Stu-
265 dienbeginn und erstmaliger Auszahlung des BAföG. Diese Zeitspanne kann unter Umständen mehrere

266 Wochen bis Monate in Anspruch nehmen und stellt insbesondere für Studierende aus Familien mit ge-
267 ringem Einkommen, die in der Regel über keine finanziellen Polster verfügen, vor große finanzielle Her-
268 ausforderungen. Gerade zu Beginn eines Studiums ist aufgrund eines eventuell anstehenden Umzugs,
269 diversen Anschaffungen und anderen Großausgaben die finanzielle Belastung besonders hoch. Um die-
270 sen Zustand aufzufangen, setzen wir uns für einen nicht zurückzahlenden **Studienstartbonus** ohne
271 Bedürftigkeitsprüfung in Höhe von einmalig 500 Euro ein.

272 Wer heute studiert wird in einigen Jahrzehnten in die **Rente** eintreten. Dabei wirkt sich eine lange Stu-
273 diendauer negativ auf das ohnehin schon dürftige Rentenniveau aus, da diese Zeiten gegenwärtig nicht
274 angerechnet werden können. Ein Studium im Jetzt darf auf keinen Fall zu einem Armutrisiko für das
275 Morgen werden. Daher müssen alle Bildungszeiten künftig wieder in der Rentenversicherung berück-
276 sichtigt werden.

277 **Alle Zeichen auf Zukunft! Unsere Visionen für ein progressives BAföG.**

278 Neben diesen konkreten Sofort-Maßnahmen, die das BAföG zu seinem 50. Geburtstag auf die Höhe der
279 Zeit bringen, haben wir eine Vision davon, wie ein **progressives BAföG** neu aufgelegt in die Zukunft star-
280 ten kann.

281 Viele Menschen sehen noch immer aus Angst vor Verschuldung von einem BAföG-Antrag ab. Denn nie-
282 mand möchte mit einem Schuldenberg von mindestens 10.000 Euro ins Berufsleben starten. Um die-
283 sem Umstand zu begegnen, muss das BAföG endlich wieder als **Vollzuschuss** gezahlt werden.

284 Die Regelstudienzeit hat nichts mit den tatsächlichen Lebensrealitäten von Studierenden zu tun und ist
285 als Maßzahl für die BAföG-Förderungsdauer völlig ungeeignet. Viel zu viele individuelle Aspekte bleiben
286 dabei unberücksichtigt. Um ein freies und selbstbestimmtes Studium zu ermöglichen, muss die BAföG-
287 Förderung vollständig **von der Regelstudienzeit entkoppelt** werden.

288 Außerdem brauchen wir ein **elternunabhängiges BAföG**. Das Studium kann nur dann frei und selbstbe-
289 stimmt sein, wenn es nicht in einer, und sei es informellen, Abhängigkeit zu den Eltern erfolgt. Zudem
290 sind die studentischen, wie gesellschaftlichen Lebensrealitäten heute längst zu komplex, als dass sich
291 per Gesetz bestimmen ließe, wessen Eltern „zu viel“ verdienen oder „zu reich“ seien, als dass diese*r nicht
292 BAföG bezugsberechtigt sein sollte. Das ist die einzig logische Konsequenz, um mit einem staatlichen
293 System der Studienfinanzierung wirklich allen Menschen den Zugang zu Bildung an Hochschulen unab-
294 hängig vom finanziellen Hintergrund des Elternhauses zu ermöglichen. Dazu zählt selbstverständlich
295 auch die Unabhängigkeit der BAföG-Förderhöhe vom Einkommen des*der Ehepartners*in.

296 Fast drei Viertel der Studierenden jobben neben ihrem Studium. Viele tun dies aus finanziellen Zwängen,
297 um sich das Studium sowie das Leben am Hochschulstandort leisten zu können. Mit unserer Vorstel-
298 lung von einem BAföG der Zukunft wäre das nicht mehr notwendig. Gleichzeitig sollen alle, die neben
299 dem Studium weiterhin einer Nebentätigkeit nachgehen wollen, dies auch tun können, ohne am Ende
300 des Monats einen erheblichen Teil des Lohns an das BAföG-Amt abgeben zu müssen. BAföG muss
301 deshalb **unabhängig vom eigenen Einkommen und Vermögen** gezahlt werden.

302 Offiziell sind 97 Prozent der Studierenden für ein Vollzeitstudium eingeschrieben. Angesicht der hohen
303 Erwerbstätigenquote muss aber stark bezweifelt werden, dass diese Zahl dem studentischen Lebens-
304 alltag entspricht. Ein erster Hinweis darauf findet sich in der 21. Sozialerhebung des Deutschen Studen-
305 tenwerks (sic!), in der 5 Prozent dieser Studierenden angegeben haben, ihr Vollzeitstudium faktisch in
306 Teilzeit zu absolvieren. Die reale Zahl liegt mutmaßlich wesentlich höher. Darum ist es längst überfällig,
307 dass auch ein **Teilzeitstudium** sowie ein **berufsbegleitendes Studium förderfähig** im Rahmen des BA-
308 föG werden.

309 Vermehrt werden an vielen Hochschulen bereits vor dem eigentlichen Studienbeginn vorbereitende Ori-
310 entierungskurse angeboten. Diese Entwicklung ist sehr zu begrüßen, da sie den Einstieg ins Studium
311 wesentlich erleichtern können. Der große Nachteil ist, dass davon nur Menschen profitieren können, die
312 bereits über eine gesicherte Studienfinanzierung zum Beispiel durch ihre Eltern verfügen. Dass die ge-
313 nannten Angebote nicht BAföG-förderfähig sind, ist eine erhebliche Beeinträchtigung der Chancen-
314 gleichheit. Darum müssen **Vorbereitungskurse**, die zum Teil sogar im späteren Studienverlauf ange-
315 rechnet werden können, im Rahmen des BAföG **gefördert** werden.

316 In Zeiten von wirtschaftlicher Transformation, Globalisierung und Digitalisierung, haben klassische Bil-
317 dungsbiografien ausgedient. Die Frage, wie Menschen sich ihr Leben lang weiterqualifizieren können,
318 um sich schnell und selbstständig auf neue Anforderungen im Beruf einzustellen, ist deswegen aktuell
319 wie nie. Wir Juso-Hochschulgruppe wollen, dass die Idee des **lebenslangen Lernens** Eingang in die Be-
320 antwortung dieser Frage findet: Für uns erstreckt sich ein Recht auf Bildung über alle Lebensphasen und
321 Lebensbereiche. Aus diesem Grund muss auch eine **Zweitausbildung und jede weitere Ausbildung BA-**
322 **föG-förderfähig** sein.

323 Hochschulen sind international. Um dieser Tatsache Rechnung zu tragen, soll das BAföG **herkunftsun-**
324 **abhängig** gezahlt werden. Das würde für Menschen mit Fluchterfahrung oder Drittstaatenzugehörigkeit
325 unabhängig ihrer Aufenthaltsdauer und des Asylverfahrensstatus einen BAföG-Anspruch für die ge-
326 samte Studiendauer einschließlich der sprachlichen Vorbereitungen auf das Studium bedeuten.

327 Letztendlich ist es dringend notwendig, dass die die staatliche Studienfinanzierung nicht nur auf der
328 bildungspolitischen Agenda höchste Priorität bekommt, sondern auch die Ausgaben dafür müssen auf
329 der fiskalpolitischen Agenda ganz nach oben! Demzufolge müssen die **BAföG-Mittel im Bundeshaus-**
330 **halt** erheblich **erhöht** werden. Denn die staatliche Ausbildungsförderung ist eine gesellschaftliche Inves-
331 tition in die Zukunft.

332 **Wer soll das bezahlen?**

333 Eine BAföG-Reform ist dringend notwendig und wir zeigen, dass wir dafür kurz- sowie auch langfristig
334 durchdachte und tragfähige Konzepte liefern können. Viele kurzfristig mögliche Nachbesserungen kön-
335 nen aus den bereits im Bundeshaushalt veranschlagten, aber nicht ausgegebenen BAföG-Mitteln reali-
336 siert werden. Allein im Jahr 2019 wurden nur zwei Drittel der BAföG-Mittel abgerufen, sodass ein riesiger
337 Geldbetrag in Höhe von **900 Millionen Euro ungenutzt** übrigblieb. Gleichzeitig ist klar, dass für eine um-
338 fassende und wirksame Reform des BAföG insbesondere auch **zusätzliche Gelder** benötigt werden. Die
339 „*Wer soll das bezahlen?*“-Debatte ist insbesondere von Seiten der Konservativen und Liberalen in den
340 vergangenen Jahrzehnten gerne und häufig vorgeschoben worden, um progressive Vorhaben von Be-
341 ginn als unrealistisch und nicht machbar zu kritisieren. Ein einfacher Weg und zugleich eine durchschau-
342 bar banale Strategie, denn eine tiefere inhaltliche Auseinandersetzung mit der Sache an sich blieb ihnen
343 so erspart. Uns ist klar, dass das Geld für eine umfassende BAföG-Reform nicht einfach vom Himmel
344 fallen wird. Und uns ist klar, dass bei der gegenwärtigen Finanzlage einige der hier gemachten Vor-
345 schläge nur unter massiven Kürzungen in anderen Bereichen oder aber durch eine deutliche Ausweitung
346 der staatlichen Kreditaufnahmen zu realisieren wären.

347

348 Als Studierendenverband verstehen wir es nicht als unsere Aufgabe, nachfolgend ein umfassendes
349 durchgerechnetes Finanzierungskonzept vorzulegen. Dennoch müssen die Reformen mit den notwen-
350 digen **finanzpolitischen Maßnahmen** zusammengedacht werden: Für uns ist klar, dass die Refinanzie-
351 rung der individuellen Bildungsfinanzierung und insbesondere auf dem Gebiet des lebenslangen Ler-
352 nens durch ein sozial gerechtes Steuersystem erfolgen muss. Deutschland ist eines der reichsten Län-
353 der der Erde. Zwar fehlt es dem Staat gegenwärtig an den notwendigen finanziellen Mittel, bestimmten

354 Teilen der Gesellschaft jedoch sicherlich nicht. Nach einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung vereint das
355 reichste Prozent in Deutschland **ein Drittel des Gesamtvermögens** auf sich. Aufgrund der schlechten
356 Datenlage sind genaue Summen schwer zu beziffern. Gleichzeitig hat 2020 die Summe allein der fest-
357 gestellten (!) **hinterzogenen Steuern** mit 1,25 Milliarden Euro einen neuen Höchststand erreicht. Auch
358 hier besteht reichlich Unklarheit über die Dunkelziffer. Auch **internationale Großunternehmen** wie Ama-
359 zon, Facebook, Google und Apple betrügen durch das Nicht-Zahlen von Steuern nun die Allgemeinheit
360 bereits seit Dekaden um ihren Anteil an der gerechten Finanzierung von öffentlicher Daseinsvorsorge
361 und gesellschaftlichem Fortschritt.

362 Wir sehen also: In dieser Gesellschaft fehlt keineswegs das Geld, wohl aber die rechtlichen Instrumente
363 um dieses gerecht umverteilen, zu besteuern und Betrugerei an der Allgemeinheit aufzudecken. Dazu
364 brauchen wir eine tiefgreifende Reform der Steuerpolitik: Die Wiedereinführung von Vermögens- und
365 eine progressive Reform der Erbschaftssteuer, einen höheren Spitzensteuersatz bei der Einkommens-
366 teuer und eine Ausweitung internationaler Abkommen zur Verhinderung von Steuervermeidungsmodel-
367 len internationaler Großkonzerne sowie solche, mit denen Steuerhinterzieher*innen besser gefasst wer-
368 den können. Mit der **globalen Mindestbesteuerung** besteht hier ein konkreter Ansatz, welcher in der
369 kommenden Legislatur durch die neue Bundesregierung energisch vorangetrieben werden muss. Dieje-
370 nigen, die von einer unverhältnismäßigen Belastung von Unternehmer*innen sprechen, sollten dabei ei-
371 nes nicht vergessen: Diese Unternehmen profitieren in besonderem Maße von der staatlich finanzierten
372 Ausbildung und Forschung von jungen und qualifizierten Wissenschaftler*innen. Einen **gerechten Anteil**
373 an deren Ausbildungsfinanzierung zu übernehmen, ist demnach keine ungerechte Mehrbelastung, son-
374 dern liegt schlicht in deren Eigeninteresse.

375 Schließlich erfolgt auch in progressiven Debatten immer wieder die Argumentation, dass Kinder mit rei-
376 chen Eltern kein BAföG, schon gar nicht als Vollzuschuss, erhalten sollten. Dem Zahnarzt*innen-Sohn
377 oder der Unternehmer*innen-Tochter müsse doch die Allgemeinheit nicht auch noch das Studium finan-
378 zieren. Dem widersprechen wir Juso-Hochschulgruppen deutlich: Auch, wenn es den Eltern möglich sein
379 sollte, die **Unterhaltskosten** zu decken, macht es doch einen enormen Unterschied, wer die Studienfi-
380 nanzierung übernimmt. Eine Finanzierung durch die Eltern kann in vielen Fällen **konkrete Abhängigkei-**
381 **ten** schaffen, über die diese beispielsweise Einfluss auf den Lebensweg ihres Kindes nehmen können.
382 Das BAföG muss es den Studierenden ermöglichen, sich mit ihrem Studium zu emanzipieren und ihren
383 Lebensweg frei von Zwängen zu gestalten. Gleichzeitig dient die oben skizzierte progressive Umvertei-
384 lungspolitik im Steuersystem dazu, dass diejenigen, deren Eltern viel verdienen bzw. die selbst mit der
385 Qualifikation ihres Studiums später viel verdienen, die entstehenden Kosten durch Steuern tragen.

386 **Für einen echten Neustart des BAföG**

387 50 Jahre BAföG bedeuten 50 Jahre Kampf von Studierenden um ihre Rechte. Viele Generationen haben
388 für Reformen gestritten, die erst nach Abschluss ihres Studiums in Kraft traten, und von denen sie somit
389 in ihrer aktiven Studienzeit nicht mehr profitieren konnten. Der zentrale Gedanke dieses Kampfes lautet
390 Solidarität. Und Solidarität ist auch der Geist, der BAföG und Studienfinanzierung tragen sollte. Studieren
391 sollte können, wer gerne studieren möchte. Bildung ist keine Investition ins Humankapital. Bildung ist
392 ein elementarer Bestandteil des menschlichen Wesens und damit ein Grundrecht für jede und jeden. Wir
393 haben gesehen, dass wir von einem solidarischen BAföG, das diesen Anspruch umfänglich erfüllt, leider
394 noch weit entfernt sind. Dennoch bleibt für uns eines klar: Wir führen den Kampf für ein BAföG, wie es
395 sein sollte, konsequent weiter. Dabei denken wir unsere kurz- und längerfristige Perspektive zusammen
396 und kämpfen dafür, dass unsere Konzepte Einzug in Bundestag, Bildungsministerium und das gesamte
397 Kabinett finden. Dazu brauchen wir starke studentische Stimmen in der Politik, zum Beispiel durch die
398 Wahrnehmung des studentischen Sitzes im BAföG-Beirat des Bundesbildungsministeriums durch pro-
399 gressive Studierendenvertreter*innen. Insbesondere bedarf es aber starker Juso-Hochschulgruppen an

400 den Hochschulen, in den Bundesländern und im Bund, die sich konsequent für einen echten Neustart
401 des BAföG stark machen!

402 Dafür haben wir zweierlei Forderungen entwickelt: Mit Bildung der neuen Bundesregierung muss auch
403 eine konsequente Abarbeitung des Reformstaus beim BAföG verbunden sein. Dazu schlagen wir *kon-*
404 *krete Sofort-Maßnahmen für kurzfristige Nachbesserungen im BAföG vor. Wir fordern:*

- 405 • Eine Erhöhung der Fördersätze.
- 406 • Die Einführung einer Digitalpauschale in Höhe von 500 Euro pro Jahr.
- 407 • Die Erweiterung des Berechtigten-Kreises durch Anpassung sowie stetige Überprüfung und Er-
408 höhung der Freibeträge für das Einkommen der Eltern, des eigenen Vermögens und des eigenen
409 Einkommens.
- 410 • Eine Erhöhung der Wohnpauschale.
- 411 • Die Aufhebung aller Altersgrenzen im BAföG.
- 412 • Die Streichung des Leistungsnachweises nach dem 4. Fachsemester.
- 413 • Die Förderung jederzeit auch bei einem Fachwechsel nach dem 4. Fachsemester.
- 414 • Eine Orientierung der Förderungshöchstdauer an der tatsächlichen durchschnittlichen Studien-
415 zeit, mindestens jedoch eine Erhöhung pauschal um zwei Semester.
- 416 • Die Etablierung eines Krisenmechanismus.
- 417 • Die Verlängerung der Förderungshöchstdauer für Engagement.
- 418 • Die Verlängerung der Förderungshöchstdauer für Pflege.
- 419 • Eine Vereinfachung und Entbürokratisierung der Antragstellung durch eine einheitliche, medien-
420 bruchfreie Online-Antragsmöglichkeit.
- 421 • Eine personelle Verbesserung und strukturelle Stärkung der Beratungsstellen vor Ort zur Ermög-
422 lichung einer studierendennahen und individuellen Betreuung.
- 423 • Die Zahlung eines nicht zurückzuzahlenden Studienstartbonus in Höhe von einmalig 500 Euro
424 zu Studienbeginn ohne Bedürftigkeitsprüfung.
- 425 • Die Berücksichtigung aller Bildungszeiten in der gesetzlichen Rente.

426 Zudem bedarf es klarer *Weichenstellungen im BAföG für die Studienfinanzierung der Zukunft. Wir for-*
427 **dern:**

- 428 • **Die Rückkehr der BAföG-Förderung zum Vollzuschuss.** Diese ist im Zukunftsprogramm der
429 SPD zur Bundestagswahl 2021 als schrittweises Ziel vorgesehen.
- 430 • Die vollständige Entkopplung des BAföG von der Regelstudienzeit.
- 431 • Eine eltern-, alters- und ehepartner*innenunabhängige BAföG-Förderung.
- 432 • Eine Zahlung des BAföG unabhängig vom eigenen Einkommen.

- 433 • Die Einbeziehung eines Teilzeitstudiums und eines berufsbegleitenden Studiums in die Förder-
434 möglichkeiten.
- 435 • Die Integration des Orientierungsstudiums in das BAföG.
- 436 • Das Ermöglichen der Förderfähigkeit einer Zweitausbildung und jeder weiteren Ausbildung.
- 437 • Die Wiedereinführung des allgemeinen Schüler*innen-BAföGs ab Klasse 10 ohne Sonderbedin-
438 gungen.
- 439 • Die Verlängerung der Förderhöchstdauer wegen besonderer Härte.
- 440 • Einen BAföG-Anspruch für Menschen aus Drittstaaten und mit Fluchterfahrung.
- 441 • Eine umfassende Erhöhung der BAföG-Mittel im Bundeshaushalt.